

NACHRICHTEN

Österreichs Industrie wettbewerbsfähiger

Die österreichische Industrie hat sich im internationalen Wettbewerb bei den Arbeitskosten verbessert. Aus einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes (Wifo) geht hervor, dass die Lohnstückkosten 2012 zwar um drei Prozent gestiegen sind, im Vergleich zum Durchschnitt aller Handelspartner Österreichs aber um 1,1 Prozent gesunken sind. Die Produktivität blieb stabil.

Kritik an deutscher Ökostrompolitik

Der Chef des österreichischen Stromversorgers Verbund, Wolfgang Anzengruber, kritisiert die deutsche Energiepolitik. Ein durchschnittlicher deutscher Haushalt zahle mit 220 Euro viermal mehr für die Förderung von erneuerbaren Energieträgern als ein österreichischer Haushalt. Von den selbstgesetzten Zielen Deutschlands sei dennoch keines erreicht worden. Der Kohlendioxid-Ausstoß etwa sei gestiegen, nicht gesunken. Die Politik gefährde den ganzen Industriestandort, so Anzengruber.

Bald Urteil gegen Madoff-Partnerin Kohn

Das Urteil gegen die österreichische Geschäftspartnerin des US-Milliardenbetrügers Bernard Madoff, Sonja Kohn, wird diese Woche in London erwartet. Die britische Madoff-Insolvenzgesellschaft hatte 60 Mio. Dollar (44 Mio. Euro) eingeklagt, die Kohn aus dem Umfeld von Madoff erhalten haben soll. Die Forderungen wurden mittlerweile auf 27 Mio. Dollar reduziert.

Russland öffnet Tür zu lockerer Geldpolitik

Russlands Notenbank hat am Montag den Leitzins zum 13. Mal in Folge bei 5,5 Prozent belassen. Im Begleittext der Notenbank wurde aber ein Satz gestrichen, in dem das Zinsniveau als „auf absehbare Zeit akzeptabel“ bezeichnet wird. Experten werten dies als einen möglichen Fingerzeig auf eine bevorstehende Zinssenkung. Dagegen spricht jedoch, dass die Inflationsrate in den nächsten Monaten nicht auf die Zielmarke von fünf Prozent sinken wird.

Auch das noch**Outsider Trading in Schweden**

Insider Trading ist jedem ein Begriff. Aber was, wenn es zu Outsider Trading kommt? So wie jetzt in Schweden. Da stieg die Aktie des Sensorenherstellers Fingerprint Cards rasant um 51 Prozent. Schuld daran war eine gefälschte Pressemeldung, der zufolge der Handyriese Samsung die Firma übernehmen will. Wer dahintersteckt, ist unklar. Der Handel wurde ausgesetzt. [EPA]

**In Indien frisst die Inflation das Wachstum**

Der dritte Buchstabe von BRICS steht für Indien. Aber auch wenn der Subkontinent zu den auserkorenen neuen Superstars der Weltwirtschaft gehören soll: Derzeit kommt Indien nicht vom Fleck. Das bekommen auch die Obst- und Gemüsehändler auf dem Markt in Mumbai zu spüren. Die Inflationsrate betrug im September sechs Prozent. Das Industriewachstum fiel von 2,9 Prozent im Juni auf nur noch 0,6 Prozent im August. Und die nationale Währung Rupie hat heuer schon rund 20 Prozent ihres Wertes verloren – und gilt somit als eine der Währungen mit der schlechtesten Entwicklung weltweit. [Reuters]

Krebs kostet 2,6 Milliarden Euro

Gesundheit. In Österreich verursacht Krebs volkswirtschaftliche Kosten von 2,6 Mrd. Euro. Davon profitiert die Pharmaindustrie. Doch die Wirkung vieler Medikamente ist umstritten.

VON CHRISTIAN HÖLLER

Wien. Pro Jahr werden in Österreich etwa 20.000 Männer und 18.000 Frauen mit der Diagnose Krebs konfrontiert. Die Sterberate ist hoch. Jedes Jahr sterben 10.000 Männer und 9000 Frauen an dieser Krankheit. Damit ist Krebs nach Herz-Kreislauf-Erkrankungen die zweithöchste Todesursache. So traurig es klingt, Krebs ist auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Medikamente besorgen der Pharmaindustrie Umsätze in Milliardenhöhe. Am Montag wurde in der britischen Fachzeitung „The Lancet Oncology“ erstmals eine Studie über die volkswirtschaftlichen Kosten von Krebserkrankungen in der Europäischen Union veröffentlicht.

Die Autoren haben dazu die Daten von internationalen Gesundheitsorganisationen und verschiedenen Behörden ausgewertet. Zählt man alle 27 EU-Länder zusammen, lagen die volkswirtschaftlichen Kosten für Krebserkrankungen im Jahr 2009 bei exakt 126,2

Milliarden Euro. Für Österreich haben die Autoren Kosten von rund 2,6 Milliarden Euro berechnet. Dies entspricht in etwa 0,95 Prozent des österreichischen Bruttoinlandsprodukts.

450 Mio. € für Medikamente

„Die Presse“ hat dazu am Montag Angaben vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger angefordert, um die Plausibilität der britischen Studie zu überprüfen. Laut einer groben Schätzung des Hauptverbands lagen 2011 die Kosten der stationären Krankenhausaufenthalte von Patienten mit der Hauptdiagnose Krebs bei rund 1,3 Milliarden Euro. Hinzu kommen noch 450 Millionen Euro für Medikamente, die überwiegend zur Krebstherapie eingesetzt und von der Sozialversicherung bezahlt werden.

Zu berücksichtigen sind weiters die Ausgaben, die im spitalsambulanten Bereich und bei niedergelassenen Ärzten anfallen. Rechnet man nun alle volkswirt-

schaftlichen Kosten zusammen, sind die 2,6 Milliarden Euro, die in der britischen Studie für Österreich zum Thema Krebs genannt werden, durchaus plausibel.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt geben Deutschland, Finnland und die Niederlande mehr Geld für Krebspatienten aus als Österreich. Schlecht sieht die Situation dagegen in vielen osteuropäischen Ländern aus.

Europaweit verursachte Lungenkrebs die höchsten Gesamtkosten sowie den höchsten Produktivitätsverlust durch Krankenstände und frühe Todesfälle. Die medizinische Versorgung ist dagegen bei Brustkrebspatienten am teuersten, vor allem wegen des hohen Anteils an Ausgaben für Medikamente.

Laut einer Broschüre der Pharmafirma Roche gehört Österreich zu jenen fünf Ländern in Europa mit den längsten Überlebensraten bei Krebs. Österreich ist laut Roche neben Frankreich, den USA und der Schweiz führend in der Anwendung neuer Krebsmedikamente.

Doch das sorgt für Diskussionen. „Der Nutzen der neuen Krebsmittel ist für viele Patienten gering. Häufig wird das Überleben nur um wenige Wochen verlängert, bei gleichzeitig schweren Nebenwirkungen“, sagt Claudia Wild, Direktorin des Ludwig-Boltzmann-Instituts in Wien. Ihrer Ansicht nach sei es besser, wenn man den Patienten reinen Wein einschenke. Oft folge eine Behandlung nach der anderen.

Was bringen Medikamente?

Viele Patienten klammern sich an die Medikamente, weil sie hoffen, dass sie damit geheilt werden. Doch bei vielen Krebsarten sei es der Chirurg, der mit dem Herausschneiden der betroffenen Stellen eine Verbreitung von Krebs verhindere. „Man sollte mehr die Kosten und Nutzen der Medikamente hinterfragen“, sagt Wild. Das sieht die Pharmaindustrie anders. Ihren Angaben zufolge ist es den neuen Medikamenten zu verdanken, dass die Überlebensrate gestiegen ist.

Industrie: Rauchpausen von Arbeitszeit abziehen

Metaller-Lohnrunde. Raucher sollen künftig jedes Mal ausstempeln, wenn sie rauchen gehen, oder eine Pauschalzeit für ihre Rauchpausen abgezogen bekommen. Das soll im Kollektivvertrag verankert werden, fordern die Arbeitgeber.

Wien. Raucher machen öfter Pausen als Nichtraucher. Wäre es da nicht gegenüber den Nichtrauchern fair, diese Pausen als Unterbrechung der Arbeitszeit zu rechnen? Das jedenfalls fordert der Fachverband der Maschinen- und Metallwarenindustrie (FMMI), bevor es heute in die nächste Kollektivvertragsverhandlungsrunde geht.

„Das ist eine Frage, die den Unternehmen unter den Nägeln brennt“, sagt FMMI-Obmann Christian Knill. „Eine Rauchpause ist eine bezahlte Pause, und es herrscht Unsicherheit bei den Betrieben, wie man damit umgehen soll.“ Deshalb soll, so der Wunsch der Arbeitgebervertreter, im Kollektivvertrag festgeschrieben werden, dass Rauchpausen eine Unterbrechung der Arbeitszeit sind.

Konkret würde das bedeuten, dass Raucher entweder jedes Mal ausstempeln müssen, wenn sie zur Zigarette greifen. Oder dass eine

tägliche Pauschalzeit – Knill spricht von fünf bis zehn Minuten – von der Arbeitszeit abgezogen wird. Einige Firmen, die Fachverbandsmitglieder sind, sollen das bereits so handhaben.

Bei der Produktionsgewerkschaft (Pro-Ge) hält man die Forderung nach unbezahlten Rauchpausen für absurd. „Es ist ein bisschen lachhaft, so etwas im KV festzuhalten“, sagt Pro-Ge-Bundesvorsitzender Rainer Wimmer.

Streit um die Überstunden

Ein anderer Verhandlungsvorschlag vonseiten der Industrie, der bei den Gewerkschaften für Widerstand sorgt, ist jener nach der Umverteilung der Normalarbeitszeit.

Dabei gehe es „nicht um eine Verlängerung der Arbeitszeit“, sondern um „längere Durchrechnungszeiträume“, um Arbeitsspitzen besser abdecken zu können. Damit sei man auch besser gerüs-

tet für schlechte Zeiten. Denn wenn eine Auftragsflaute herrsche, könnten die Mitarbeiter erst einmal ihre Stundenguthaben abbauen, bevor auf Kurzarbeit zurückgegriffen werden müsse.

Wenig abgewinnen kann diesem Vorschlag die Gewerkschaft. „Das Modell des Fachverbandes läuft auf einen Wegfall von Überstundenzuschlägen hinaus“, ist sich Wimmer sicher.

Wie uneins sich die Sozialpartner diesmal sind, zeigt die Diskussion über die Inflationsrate, die die Basis für alle Lohnverhandlungen darstellt. Während sich die Arbeitgeber auf die Prognosen für 2014 stützen wollen, die zwischen 1,9 und 2,1 Prozent liegen, berufen sich die Gewerkschafter auf die Inflationsrate der letzten zwölf Monate (2,4 Prozent). Die Gewerkschaft fordert eine Lohnerhöhung von 3,4 Prozent und argumentiert unter anderem damit, dass die tatsächli-

che Teuerung besonders für die unteren Lohnklassen sowieso um einiges über der Inflationsrate liege, da Preise von Gütern des täglichen Bedarfs stärker gestiegen seien.

Lohnforderung „Sprengsatz“

Knill hält die Forderung für einen „Sprengsatz“ und verweist auf die wenig rosige Auftragslage seiner Branche. Ein Großteil der Betriebe melde eine Stagnation. Die heimische Industrie, die stark am europäischen Markt hänge, leide nach wie vor unter einer Investitions- und Auftragsflaute.

Am Dienstag starteten auch die KV-Verhandlungen im Handel. Diese schließen traditionell schwächer ab als die Metaller, da der Handel gewerkschaftlich weniger stark organisiert ist. Das zeigt auch ein Vergleich der Mindestlöhne: Metaller verdienen mindestens 1636 Euro brutto, Handelsangestellte 1400 Euro. (es)